

## Pressemitteilung Nr. 166

### Idsteiner Sporthalle Taubenberg muss als Notunterkunft für Geflüchtete belegt werden

Der Rheingau-Taunus-Kreis ist gezwungen die Sporthalle auf dem Taubenberg in Idstein als Notunterkunft für neu zugewiesene Geflüchtete zu belegen. Die Inbetriebnahme ist für Montag, 27. November, geplant. Ab dann gibt es voraussichtlich keine Kapazitäten mehr in den vorhandenen über 60 Unterkünften des Kreises. Deshalb startet bereits ab dem 13. November der Umbau der Halle zur Unterkunft, ab dem Zeitpunkt kann die Halle nicht mehr genutzt werden. Zuletzt hatte die Kreisverwaltung in intensiven Gesprächen mit den Städten und Gemeinden sowie über Aufrufe an die Bevölkerung versucht, alternative Unterbringungsmöglichkeiten für die zugewiesenen Menschen zu finden.

„Angesichts der massiv gestiegenen Zuweisungen in den Rheingau-Taunus-Kreis haben wir keine andere Möglichkeit die wöchentlich über 50 neu ankommenden Geflüchteten zeitnah unterzubringen. Wir haben parallel zahlreiche Immobilien und andere Alternativen für eine Nutzung als Flüchtlingsunterkunft geprüft und sind an mehreren Stellen in der Umsetzung. Wir haben bis heute gehofft, die Belegung einer Sporthalle verhindern zu können“, so Landrat Sandro Zehner. Die aktuell über 60 durch den Kreis betriebenen Gemeinschaftsunterkünfte liefen durch die Verfünfachung an Zuweisungen innerhalb weniger Wochen voll. Die Sporthalle auf dem Taubenberg hat eine ausreichende Größe, um rund 250 Geflüchtete unterzubringen, zudem sind in Idstein im Vergleich zu anderen Städten im Kreisgebiet bislang eine geringere Anzahl Geflüchteter untergebracht.

Die Vorbereitungen laufen jetzt an, ab Montag, 13. November, wird die Nutzung der Hallen nicht mehr möglich sein. Die Stadt Idstein, die Limes- und die Taubenbergsschule sowie die Vereine wurden informiert. Neben der Organisation von Betten, Sanitäranlagen und Verpflegung werden aktuell auch die soziale Betreuung sowie ein Security-Dienst beauftragt. Auch die Situation vor der Schule am Busbahnhof für die wartenden Schülerinnen und Schüler wird aktuell koordiniert.

Zwar würden nach Aufrufen der Kreisverwaltung im gesamten Kreisgebiet aktuell Flächen von Kommunen für die Unterbringung gesucht und bereitgestellt, allerdings dauerten die Vertragsverhandlungen, Bauvorbereitungen und Akquise und Aufstellung von Containern zu lange, um die kommenden Wochen mit weiterhin hohen Zuweisungszahlen überbrücken zu können, so der Landrat.

„Die Belegung einer Sporthalle ist für uns das letzte Mittel, weil wir wissen, wie stark die Belastung für die Schule und die Vereine ist, die ohnehin in den letzten Jahren durch verschiedene Krisen enorm beeinträchtigt waren. Wir prüfen weiterhin alle Alternativen und sind an verschiedenen Flächen dabei Container-Unterbringungen anzumieten und aufzustellen, um die Halle schnellstmöglich wieder freigeben zu können“, so Zehner. Allerdings dauere das durch Lieferzeiten und unterschiedliche Gegebenheiten vor Ort. Die Renovierung der ehemaligen Kaserne in Kemel werde ebenfalls mit Hochdruck vorangetrieben.

„Unser Ziel ist es, ab März ausreichend Container-Anlagen im Kreisgebiet zur Verfügung zu haben, um die Schulsporthalle wieder freigegeben zu können“, so Zehner. Ob das gelänge hänge nicht zuletzt an der Frage, wie lange die Zuweisungszahlen auf diesem Niveau blieben. „Aktuell können wir lediglich Obdachlosigkeit verhindern. Die Kapazitäten auf dem freien Wohnungsmarkt, in den Schulen und Kitas sind bereits heute überstrapaziert. Eine angemessene Begleitung und Integration der Menschen ist kaum möglich. Hier sind wir auch auf das Engagement der Bevölkerung vor Ort angewiesen“, so Zehner.

„Wir brauchen umgehend wenigstens eine umfängliche Finanzierung dieser Mammutaufgabe, die uns der Bund auferlegt“, fordert Zehner in Richtung der heutigen Bund-Länder-Konferenz. „Die Landkreise, Städte und Gemeinden personell, finanziell und hinsichtlich Kapazitäten allein zu lassen, macht die kommunale Selbstverwaltung zur Farce. Den Schlüssel hat die Bundesregierung in der Hand. Zeit, dass sie die Menschen und Verwaltungen vor Ort, im Maschinenraum der Demokratie, nicht länger allein lässt.“